

Europäische Nichteisenmetalle

Faire Bedingungen im weltweiten Wettbewerb zum Schutz der europäischen Arbeitsplätze

Brüssel, 26. November 2020 | IndustriAll 109/2020

Die Nichteisenmetallindustrie in Europa

Nichteisenmetalle, darunter Grundmetalle, Edelmetalle und seltene Metalle, spielen eine Schlüsselrolle in den industriellen Wertschöpfungsketten Europas und sind für die Erreichung der europäischen Klimaziele von entscheidender Bedeutung. Sie sind unverzichtbar für die Herstellung von Batterien, für erneuerbare Energien und saubere Mobilität, und die steigende Nachfrage nach diesen Produkten sollte für die europäischen Arbeitnehmer*innen eine gute Nachricht sein.

Die Branche steht jedoch aufgrund eines unausgewogenen internationalen Wettbewerbs, unfairer staatlicher Beihilfen wie Subventionen, Schwierigkeiten beim Zugang zu unverzichtbaren Rohstoffen, hoher Energiepreise und ehrgeiziger Dekarbonisierungsziele, die nicht global umgesetzt werden, unter immer größerem Druck. All dies wirkt sich negativ auf die Branche in Europa und damit auf ihre Beschäftigten aus.

Auch wenn der Sektor sehr vielfältig ist, bildet er in Wirklichkeit ein sehr technisch und wirtschaftlich vernetztes Ökosystem, in dem Primärproduktion und Recycling verschiedener Metalle eng miteinander verflochten sind und eine starke industrielle Symbiose zwischen Unternehmen und Anlagen besteht. Es ist daher wichtig, dass wir diese Symbiosen schützen und erweitern, um nachhaltige Produkte zu entwickeln und eine wirklich zirkuläre Produktion zu erreichen.

Die Nichteisenmetallbranche sichert **500.000 direkte** und **3 Millionen indirekte Arbeitsplätze**¹ in der EU, und Tausende weitere in ganz Europa. Bei diesen Arbeitsplätzen handelt es sich häufig um qualitativ hochwertige, gut bezahlte Arbeitsplätze, und die Gewerkschaften haben sich zusammengeschlossen, um für den Erhalt dieser Arbeitsplätze in Europa zu kämpfen. **Die europäischen Gewerkschaften fordern dringend Maßnahmen zur Angleichung der globalen Wettbewerbsbedingungen, damit Europa qualitativ hochwertige grüne Produkte herstellen kann, während gleichzeitig die derzeitigen Arbeitsplätze gesichert und in Zukunft mehr hochwertige Arbeitsplätze geschaffen werden.**

Die Forderungen von industriAll Europe

Die europäische Nichteisenmetallindustrie steht vor echten Herausforderungen, und industriAll Europe ruft **alle** Beteiligten, einschließlich der politischen Entscheidungsträger, Arbeitgeber und Gewerkschaften auf, zusammenzukommen und für die Zukunft der Branche zu kämpfen.

Rohstoffe

IndustriAll Europe begrüßt die **EU-Rohstoffstrategie (2020)** und wir werden eine aktive Rolle in der **Rohstoffallianz** übernehmen. Die Gewerkschaften fordern seit langem eine überzeugende EU-Rohstoffstrategie, um eine größere Unabhängigkeit durch die nachhaltige Nutzung unserer eigenen

¹ <https://eurometaux.eu/about-our-industry/key-industry-data/>

Ressourcen und Versorgungssicherheit durch eine gemeinsame externe Rohstoffagenda zu gewährleisten. Dies ist für wichtige industrielle Wertschöpfungsketten von entscheidender Bedeutung.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist möglich, sowohl durch verstärkte Aktivitäten in der heimischen Rohstoffindustrie als auch durch die Optimierung von Sekundärrohstoffen durch die Vollendung der Kreislaufwirtschaft. Daher fordern die Gewerkschaften, dass die EU der Kreislaufwirtschaft und dem Recycling im Rahmen der Rohstoffstrategie gebührende Aufmerksamkeit schenkt.

IndustriAll Europe fordert:

- die **Steigerung der heimischen Rohstoffproduktion** in Europa, sowohl über die Primärgewinnung als auch über die Sekundärproduktion (Recycling), mit dem Ziel, neue Arbeitsplätze zu schaffen
- die Gewährleistung eines **fairen Zugangs zu Rohstoffen**, wobei die Marktpreise die Umwelt- und Klimakosten im Hinblick auf die biologische Vielfalt berücksichtigen
- die Einhaltung der **Sorgfaltspflichten** in der gesamten globalen Lieferkette, insbesondere bei der Beschaffung von Primärrohstoffen
- die Einflussnahme der EU auf die Londoner Metallbörse bei der Entwicklung eines **neuen Preisindex für Rohstoffe**, der höheren ethischen und ökologischen Standards entspricht
- dass **Metallprodukte in der EU gesammelt und** hochwertigen europäischen Recyclern **zur Verfügung gestellt werden**
- die **Überprüfung der derzeitigen Ausfuhr von Abfällen und Altmittel** in Länder außerhalb Europas, um sicherzustellen, dass die vollständige Umsetzung der Kreislaufwirtschaft und der Sekundärproduktion von Rohstoffen möglich ist, bei gleichzeitiger Verringerung der Abfallbelastung der Entwicklungsländer durch die EU
- dass einem **hochwertigen Recycling von Altmaterialien** innerhalb der EU dem Export derselben Produkte in Länder außerhalb der EU Vorrang eingeräumt wird
- Maßnahmen zur **Bekämpfung von Handelsverzerrungen** bei den Rohstoffpreisen durch die vollständige Umsetzung europäischer und nationaler handelspolitischer Schutzinstrumente
- die Betrachtung von Kreislauf- und Recyclingprojekten als **wichtige Projekte von gemeinsamem europäischem Interesse**.

Energie

Energiepreise, wie z.B. Elektrizität, sind einer der größten Kostenfaktoren bei der Produktion von Nichteisenmetallen. Die Stromkosten in der Primäraluminium- und Zinkproduktion machen **fast 40% der Gesamtproduktionskosten** aus. Da der Sektor bereits eine starke Elektrifizierung erfahren hat (58% des Energiemixes), können in den Ländern des EU-Emissionshandelssystems **indirekte Kosten** entstehen, **die bis zu sieben Mal höher sind als die direkten Kosten**. Da die Branche auf einem wirklich globalen Markt operiert, auf dem sie mit konsolidierten Weltmarktpreisen (meist über die Londoner Metallbörse) konfrontiert ist, können diese Kosten (14,4 Mrd. € zwischen 2013-2020) nicht an die Kunden weitergegeben werden. Daher ist der europäische Nichteisenmetallsektor einem hohen Risiko der **Verlagerung von CO₂-Emissionsquellen** ausgesetzt.

Die Branche muss wettbewerbsfähig sein, um Arbeitsplätze in Europa zu sichern, und die Gewerkschaften fordern dringend Lösungen zur Bewältigung der Herausforderungen, vor denen energieintensive Industrien stehen, um so eine nachhaltige Zukunft für die Branche in Europa zu sichern.

IndustriAll Europe fordert:

- die **ausreichende Versorgung mit kohlenstoffarmer Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen** für alle europäischen Anlagen
- die verstärkte Zusammenarbeit und Koordinierung der Mitgliedstaaten zur weiteren Festlegung der **europäischen Energiepolitik** unter Berücksichtigung ihrer geografischen und industriellen Zwänge.
- **langfristige Stromverträge** für energieintensive Industrien
- **hohe Investitionen** sowohl in Forschung und Entwicklung als auch in die Infrastruktur für saubere Energien
- einen angemessenen **Ausgleich für indirekte Kosten** über das EU-EHS, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass einige Recyclingprozesse mit indirekten Emissionen verbunden sind
- mögliche CO₂-Einsparprojekte, die über den **Grünen Deal** der EU finanziert werden sollen
- die Beibehaltung der **freien Zuteilung im EHS** und der Instrumente zum Schutz vor Verlagerung von CO₂-Emissionsquellen.

Handel und Wettbewerb

Der internationale Wettbewerb in der Nichteisenmetallindustrie ist hart. **Die EU hat seit der Krise 2008/09 ein Drittel ihrer Aluminiumproduktion verloren**, und China produziert heute 60% des weltweiten Aluminiums. Darüber hinaus ist Europa in hohem Maße von der Einfuhr der meisten Metalle abhängig (bis zu 60 %²), und es hat im Wettlauf um Marktanteile bei Kobalt, Lithium und Seltenen Erden (Substanzen, die bei der Montage von Elektroautos verwendet werden) bereits verloren.

Es besteht ferner ein echtes Handelsungleichgewicht mit einigen Drittländern, die unfaire staatliche Beihilfen einschließlich diverser Subventionen nutzen, um Nichteisenmetalle zu niedrigen Kosten zu produzieren und gleichzeitig eine **Überkapazität** schaffen, die die europäischen Preise nach unten treibt. So wurde beispielsweise in einem [OECD-Bericht über Aluminium](#) (2019) festgestellt, dass 85% der untersuchten Subventionen in der Branche an nur fünf chinesische Unternehmen gingen (2013-2017).

IndustriAll Europe fordert:

- die vollständige Umsetzung der aktuellen **Handelsschutzinstrumente** sowie die weitere Stärkung der EU-Handelsschutzinstrumente
- internationale Maßnahmen zum Abbau der weltweiten Überkapazitäten, insbesondere im Aluminiumsektor
- **Standards für importierte Materialien und Produkte**, die den Standards für in Europa gewonnene oder produzierte Materialien und Produkte entsprechen
- den Abschluss von **Freihandelsabkommen** (FHA) durch die EU, die die heimische Position des Sektors stärken oder zumindest seine künftige Entwicklung nicht beeinträchtigen.
- die Zusicherung, dass alle **ausländischen Investitionen** in die europäische Nichteisenmetallindustrie den gleichen Anforderungen wie inländische Investitionen genügen und den strategischen Interessen Europas nicht schaden.

² https://www.ies.be/files/Metals_for_a_Climate_Neutral_Europe.pdf

Nachhaltigkeit

Die europäische Nichteisenmetallbranche ist ein energieintensiver Sektor. Deshalb steigt der Druck, die Industrie dekarbonisieren zu müssen. Die Gewerkschaften unterstützen gemeinsame Maßnahmen aller Interessengruppen zur Erfüllung der nationalen und europäischen Klimaziele und stellen gleichzeitig sicher, dass die Branche Unterstützung erhält und **kein Arbeitnehmer und keine Arbeitnehmerin beim Übergang zurückbleibt**.

Es ist offensichtlich, dass es bei den Industrieemissionen keine gleichen Wettbewerbsbedingungen herrschen. So sind beispielsweise **die Emissionen aus der Produktion von Grundmetallen in der EU achtmal niedriger als in China**³. Um die europäischen Arbeitsplätze zu schützen, müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die globalen Wettbewerbsbedingungen anzugleichen und das internationale Bestreben, Nichteisenmetalle umweltfreundlicher zu produzieren, zu verstärken. Europäische Arbeitnehmer*innen dürfen nicht dafür bestraft werden, dass Drittländern aufgrund niedrigerer Umweltstandards zu niedrigeren Kosten produzieren.

IndustriAll Europe fordert:

- die Aufstockung der nationalen und europäischen Mittel **zur Unterstützung der Entwicklung und Nutzung grüner Energie** (Ökostrom, erneuerbare Energien, Wasserstoff usw.) in dieser Branche
- eine **Kohlenstoffgrenzausgleichsmaßnahme** zur Anpassung der Wettbewerbsbedingungen zwischen EU-Produzenten und ihren Konkurrenten, die so konzipiert und umgesetzt wird, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Aktivitäten weiter unten in der Wertschöpfungskette nicht untergraben wird
- nationale und europäische Unterstützung für **neue Infrastrukturprojekte und neue grünere Transportfahrzeuge** (z.B. leichtere und damit umweltfreundlichere Autos und Flugzeuge), um die Branche anzukurbeln
- verstärkte Unterstützung für **neue umweltfreundliche Technologien** wie Batterien und erneuerbare Energien, für die Nichteisenmetalle von wesentlicher Bedeutung sind
- Unterstützung für die **Entwicklung regionaler Nichteisenmetall-Cluster**, die die Symbiose und die Effizienz der Metallgewinnung maximieren könnten
- die Verpflichtung der Arbeitgeber, **in ihre europäischen Standorte zu investieren**, einschließlich der Erneuerung und Modernisierung bestehender Anlagen, um sie umweltfreundlicher zu machen, wobei die Verpflichtungen von den zuständigen nationalen Behörden überprüft und hochgehalten werden.
- die Achtung der **Einbeziehung der Gewerkschaft** in die Erörterung und Umsetzung neuer Verfahren an den Standorten, einschließlich der Einführung neuer kohlenstoffarmer Technologien
- die Zusicherung, dass der **EU-EHS-Fonds**, die Innovations- und Modernisierungsfonds, wesentlich zum Einsatz kohlenstoffarmer Technologien in der Branche beitragen werden.

Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte

Der Schutz der Arbeitnehmerrechte und die Forderung nach guten Sozialstandards stehen im Mittelpunkt der Gewerkschaftsarbeit. Während industriAll Europe für die Sicherung von Arbeitsplätzen im Nichteisenmetallsektor kämpft, besteht industriAll Europe auch darauf, dass Maßnahmen ergriffen werden,

³ European Aluminium, The Nickel Institute et al., 2017

um sicherzustellen, dass diese Arbeitsplätze gute und gut bezahlte Arbeitsplätze sind und dass die Arbeitnehmerrechte in vollem Umfang respektiert werden.

IndustriAll Europe fordert:

- hohe **Gesundheits- und Sicherheitsstandards** für alle Arbeitnehmer*innen, insbesondere im Hinblick auf die COVID-19-Pandemie
- die Verpflichtung, nötigenfalls neue Investoren zu finden, um **Werksschließungen, Arbeitsplatzverlagerungen und Massenentlassungen zu verhindern**
- die vollständige **Transparenz und Einbeziehung der Gewerkschaften in alle Umstrukturierungsfälle**, wobei die nationalen Behörden den Prozess vollständig überwachen, und verhindert wird, dass Verkäufer ein Veto gegen tragfähige Angebote einlegen, die die erforderlichen Kriterien erfüllen, was dann zu Werksschließungen führen kann.
- Investitionen in **Ausbildung und Fertigkeiten**, einschließlich der Weiterbildung und Umschulung der aktuellen Arbeitskräfte und qualitativ guter Ausbildungsprogramme.
- das **Ende prekärer Arbeit**, die Gewährleistung guter Arbeitsbedingungen und die Achtung aller Arbeitnehmerrechte in der gesamten Lieferkette
- ein qualitativ hochwertiger **sozialer Dialog** und die Achtung der Arbeitnehmerrechte auf Unterrichtung und Anhörung
- einen **gerechten Übergang** für jeden Arbeitnehmer und jede Arbeitnehmerin, der/ die von strukturellen Veränderungen betroffen ist
- volle **Achtung des starken europäischen Sozialmodells**, einschließlich der etablierten Arbeitnehmerrechte
- die Aufnahme **strenger und durchsetzbarer Arbeits- und Umweltnormen in Handelsabkommen** durch die EU, um die globalen Wettbewerbsbedingungen anzugleichen und die Beschäftigungsstandards der Arbeitnehmer*innen weltweit zu erhöhen.

Zeit zu Handeln

Die europäische Nichteisenmetallbranche steht an vielen Fronten vor globalen Herausforderungen: unausgewogener internationaler Wettbewerb, unfairer Zugang zu Rohstoffen, enormer Druck zur Dekarbonisierung und hohe Energiekosten. Die Gewerkschaften fordern die Interessenvertreter auf, dringend Maßnahmen zu ergreifen, um die Industrie und ihre Beschäftigten in die Lage zu versetzen, weiterhin weltweit führende, hochwertige und kohlenstoffarme Produkte zu entwickeln.

Die europäischen Arbeitnehmer*innen stehen zusammen und fordern gemeinsam dringend Maßnahmen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene, um die Branche zu entwickeln, Arbeitsplätze zu sichern und sowohl der Industrie als auch den Arbeitnehmer*innen eine Zukunft in Wohlstand zu sichern.